

Der Fürst und „seine“ Hexe

*dero Herren Brüedern die von Khais. Commission assignierte Deputaten solcher massen ex præterito undt in futurum anzuschaffen, dz sie erselben ohne eingen Ufzug würcklich hebig werden undt genüegsamb fürs khünfftig versichert seyen. Desweiterern müsse Eitel Friedrich auch jenige ministros, fürnemblich aber Herren Johan Sachßen, welche E. Frstl. Gn. in ganz widerrechtliche undt bey der erbaren Welt vast unerhörte actiones schmeichlerischer undt boshafftiger Weis einführen, auch damit dem Haus Zollern undt dero posteritet [Nachwelt] unwiderbringlichen Schaden und schimpflichen Nachklang zuefüegen, wider wie vormahlen verordnet und effectuiert worden, abschaffen*¹⁹⁵.

Mit dieser schonungslosen Kritik an den Zuständen in der Grafschaft Hohenzollern, der scharfen Ablehnung der fürstlichen Personalpolitik und damit auch der Verwaltungsreform sowie der eindeutigen Bestätigung der Unterhaltsansprüche seiner Brüder war Eitel Friedrichs Versuch eines politischen Befreiungsschlages kläglich gescheitert und sein diplomatischer Spielraum nunmehr auf ein Minimum geschrumpft. Denn der Fürst konnte und wollte den Aufforderungen der Kommission nicht nachkommen. So behielt er Dr. Sachs als seinen obersten Minister bei, und sein Bruder Leopold sollte sich bald von Regensburg aus wieder bei den fürstlichen Beamten beklagen, er habe schon seit Monaten kein Geld mehr erhalten¹⁹⁶.

9. MASSNAHMEN GEGEN DIE HEXENLEUT

Während die Subdelegierten Streit und Wagner, nachdem sie vom Reichshofrat das Plazet für die Umsetzung der Kommission erhalten hatten, bereits ihren heiklen Auftrag sorgfältig vorbereiteten¹⁹⁷, bemühte sich Eitel Friedrich seinen politischen Misserfolg psychisch zu kompensieren, indem er seine Aktivitäten gegen das Hexenwesen, das seiner festen Überzeugung nach die Wurzel allen Übels barg, intensivierte: *Ich glaub nit, dz in Deutschland ärgere Hexenleut alß hier. Diß Ist alles Ohnglücks die Ursach, wann diese removiert, wurd alleß vil besser [...]*¹⁹⁸ – diese Überzeugung, die Eitel Friedrich in dem bereits erwähnten vertraulichen Schreiben an seinen Bruder Leopold geäußert hatte, wurde nun angesichts der zunehmenden politischen Machtlosigkeit zum Credo seines Handelns. Im Konzept seiner vier Wochen zuvor, am 12. Dezember 1652 verfassten *Gründlichen Verantwortung* findet sich ein aufschlussreicher (wenn auch nachträglich wieder gestrichener) Passus, der seine subjektive Sicht der Lage deutlich macht: Nicht genug damit, dass die von der kaiserlichen Kommission gegen ihn zusammengetragenen Vorwürfe von Personen angebracht würden, *die der Sache nicht genugsamb khundig oder auch passioniert*

195 Wie Anm. 173.

196 Siehe StAS Dep. 39 (FAS), HH1, Rub. 53, Nr. A 731, Faszikel I: Graf Leopold an die fürstl. Räte und Oberamtleute zu Hechingen, dat. Regensburg, 20. I. 1653.

197 Lt. ORTLIEB (wie Anm. 42), S. 238f. fanden zu Beginn des Jahres 1653 „mehrere Vorkonferenzen statt, auf denen sie die zu erwartenden Probleme persönlich besprachen und ihr Vorgehen detailliert aufeinander abstimmten“.

198 Wie Anm. 40.